

Protokolleintrag vom 31.05.2006

2006/203

Beschlussantrag von Patrick Blöchlinger (SD) und Christian Wenger (SD) vom 31.5.2006: Behördeninitiative des Gemeinderates von Zürich betreffend Integrations- und Infrastruktursteuer für Unternehmen

Von Patrick Blöchlinger (SD) und Christian Wenger (SD) ist am 31.5.2006 folgender *Beschlussantrag* eingereicht worden:

Der Gemeinderat von Zürich reicht beim Kantonsrat eine Behördeninitiative zur Einführung einer Integrations- und Infrastruktursteuer für Unternehmen ein, die neu aus dem Ausland zuziehende Personen einstellen.

Begründung:

Mit der Einführung des sogenannten freien Personenverkehrs mit immer mehr Ländern und aufgrund der zahlreichen Möglichkeiten, wie sich auch immer mehr Zuwanderer aus nichteuropäischen Ländern Zugang zum hiesigen Arbeitsmarkt beschaffen bzw. dafür rekrutiert werden können, engagieren immer mehr Unternehmen neu zuziehende Ausländer. Dabei gibt es unter den Schweizern und bereits hier lebenden Ausländern weit über 100 000 Arbeitslose. Viele davon werden früher oder später von der Sozialhilfe abhängig. Die Unternehmer sparen sich Investitionen zur Reintegration dieser Menschen ins Erwerbsleben und überlassen erst noch die Lasten, die mit der gesellschaftlichen Integration der Neueinwanderer und der Bereitstellung der mit dem Bevölkerungswachstum nötig werdenden Infrastrukturen verbunden sind, der Allgemeinheit. Auch wird das Gesamtvolumen der Wirtschaftstätigkeit immer mehr aufgebläht, was zwangsläufig zu einer immer schlimmer werdenden Übervölkerung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen (v. a. des Bodens als Ernährungsgrundlage) führt.

Damit diese Fehlentwicklung gestoppt werden kann, ist bei der Rekrutierung neu aus dem Ausland zuziehender Arbeitskräfte vom ersten Arbeitgeber eine einmalige Integrations- und Infrastruktursteuer zu erheben. Diese ist u. a. vom Ausmass des kulturellen Unterschiedes zwischen dem jeweiligen Herkunftsland und der Schweiz abhängig zu machen. So wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Personen aus ganz fremden Kulturkreisen nur schwer oder gar nicht integrier- und assimilierbar sind. Die Abgabe ist so hoch anzusetzen, dass der Anreiz zur Bevorzugung von Neueinwanderern und zum Wachstum über das vorhandene Arbeitskräftepotenzial hinaus verschwindet.